

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckjahr: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Tarif für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr 1. bis 15. September 1924 bei 14tägiger Zustellung bei Haus 1,50 Goldmark.
Anzeigen-Preise: 1. bis 15. September 1924 bei 14tägiger Zustellung bei Haus 1,50 Goldmark.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 30 mm breite Zeile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Übersetzung 10 Pfg., Ausw. Gültigkeit gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Trach u. Verlag von Ullrich & Neichardt in Dresden.
Polizeisch.-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Feurich Flügel

Ersten Ranges

JULIUS FEURICH
Pianohandlung G. m. b. H.

Verkaufsort: Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Bock)

Ersten Ranges

Feurich Pianos

Der schwierigerer Teil von Genf.

Die Abrüstungskommission berät die Einigungsformel Macdonald—Herriot. Die Geheimbehandlung der Kriegsschuldfrage in Versailles. — Schwere Zusammenstöße mit Stahlhelmlenten in Braunschweig.

Der Streif der Kleinen um das Erbe der Großen.

Genf, 8. Sept. Die Resolution Herriot—Macdonald kam heute im dritten Ausschuss der Völkerbundsversammlung (Abrüstungsfragen) zum ersten Male zur Sprache. Gleich bei der einleitenden Debatte über die einzuschlagenden Verhandlungsmethoden zeigten sich

Gegenätze. Der Präsident der Kommission Duca-Rumänien beantragte zunächst eine Verteilung des Stoffes, während der italienische Delegierte, der frühere Außenminister Schanzer, vor Eintritt in die Einzelheiten eine generelle Debatte über die gesamte Sicherheitsfrage verlangte. Lord Parmoor erhob nachdrücklich Einspruch dagegen, daß die Resolution unter dem Punkt der Tagesordnung „Garantiepakt“ gebracht werde, da der Garantiepakt durch die Resolution erledigt sei und die drei Fragen, Schiedsverfahren, Sicherheit und Abrüstung zur Debatte ständen, an deren Spitze das Schiedsverfahren gestellt werden müsse. Der zweite Vorsitzende der Kommission Politis-Griechenland forderte dagegen, daß entsprechend der Reihenfolge, in der die einzelnen Fragen in der Resolution angeführt wurden, zunächst die Regierungsantworten auf den Garantiepakt und die im Völkerbundsstatut enthaltenen Garantiemöglichkeiten erörtert würden und beantragte, daß ein besonderer dreigliedriger Ausschuss unter Mitarbeit des Völkerbundssekretariats als Grundlage zur Ausprache eine tabellarische Uebersicht über den Garantiepakt-Entwurf, die Einwendungen der Regierungen, andere Pakt-Entwürfe usw. ausarbeite. Schanzer gab Lord Parmoor gegenüber zu bedenken, daß doch die Antworten der Regierungen zur Debatte ständen und der Garantiepakt selbst besprochen werden müsse, und forderte für die allgemeine Ausprache unbedingte Freiheit für alle Delegationen, uneingeschränkt ihre Gesichtspunkte zur Sicherheitsfrage geltend zu machen. Parmoor stimmte hierauf einer zwanglosen allgemeinen Ausprache zu, der aber dann eine methodische Einzelberatung folgen müsse. Den Antrag Politis wollte Allen-Neuseeland durch Einbeziehung neuer Garantiepakt-Projekte ergänzen wissen, während von Larnebeck-Holland bei der Verteilung des Stoffes die Unterordnung des Völkerbundsstatutes selbst an die Spitze gestellt zu sehen wünschte. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde beschlossen:

- 1. Eine allgemeine Debatte abzuhalten.
- 2. Einer von Politis präsidieren dreigliedrigen Kommission gemeinsam mit dem Völkerbundssekretariat die Klärung der von Politis angeregten Vorbehalte zu übertragen.

Kunmehr wurde auf Antrag von Venesch (Tschechoslowakei) die allgemeine Debatte eröffnet, in der als erster Redner

Schanzer

das Wort ergriff, um ausführlich die italienischen Einwände gegen den Garantiepakt, besonders gegen die Sonderabkommen und die harten Befugnisse des Rates darzulegen, wobei

er auf der unantastbaren Souveränität der Völkerbundsmitglieder bestand und gegen die überstaatlichen Befugnisse des Völkerbundes Einspruch erhob und strenge Innehaltung des Völkerbundsstatutes forderte. Schanzer betonte, daß angesichts der vielen ablehnenden Antworten auf den Garantiepaktentwurf die Debatte völlig neu eröffnet werden müsse, und sagte

Die italienische Auffassung

folgendermaßen zusammen: Die Abrüstungsbeschränkung ist nicht möglich, wenn man einerseits nicht dem Völkerbund die Möglichkeit gibt, die Gerechtigkeit durch andere Mittel als durch militärische Gewalt durchzusetzen, und wenn andererseits kein Weg gefunden wird, um gegen Bedrückungen und Zwangsmittel Sicherheit zu geben und um widerpenntige Staaten zur Innehaltung der von den Organen der internationalen Justiz gefällten Entscheidungen zu veranlassen.

Diese erste Debatte über die Resolution Herriot—Macdonald hinterließ im wesentlichen den Eindruck, daß es außerordentlich schwierig sein wird, aus dem ungeklärten und widersprüchsvollen Material, das der Kommission zugehoben wurde, einheitliche Gesichtspunkte herauszuarbeiten, und daß die weitere Diskussion sich äußerst aufreibend gestalten wird. (S. 2. A.)

Winkelzüge der französischen Delegation.

Trotz Parmoors Einspruch suchten die Franzosen auf den Garantiepakt in seiner alten Form zurückzukommen.

Genf, 8. Sept. Die heutige Beratung in der Abrüstungskommission der Völkerbundsversammlung zeigte bereits deutlich die Tendenz zahlreicher Delegierter, den von den Engländern als erledigt betrachteten alten Garantiepakt-Entwurf trotz der durch die Resolution Herriot—Macdonald geschaffenen Lage in wesentlichen Grundzügen beizubehalten. Diese Absicht entspricht auf jedem Fall den Richtlinien, in denen die französische Delegation an die wichtigen Arbeiten dieser Kommission herantritt. Die Auffassung der französischen Delegation, der die kleine Entente sich anschließt, geht dahin, daß die Kommission die Kontinuität mit den Arbeiten der letzten und vorletzten Völkerbundsversammlung aufrechterhalten muß. Der Garantiepakt sei von der Mehrheit der Staaten nicht abgelehnt worden. Er behandle auch nach den Nebenherriots und Macdonalds die Grundlage des Sicherheitsystems, das die Versammlung ausarbeiten soll. Er müsse selbstverständlich infolge des eigenartigen Bedankens des Schiedsverfahrens abgeändert werden, aber gerade dieses Schiedsverfahren werde es andererseits gehalten, vielen bisher erhobenen Einwänden gegen den Pakt die Spitze abzubringen und dadurch das System des Garantiepactes als solchen beizubehalten. Die wesentlichen Änderungen des alten Garantiepakt-Projektes würden darin liegen, daß an Stelle des Völkerbundsrates eine richterliche Entscheidung den angreifenden Staat feststellen soll. An anderen wesentlichen Bestimmungen des alten Garantiepakt-Entwurfes scheinen die französischen Kreise dagegen festzuhalten, so vor allem an den Sonderabkommen, die man als von den alten Vorkriegsbündnissen gänzlich verschieden bezeichnet.

Koloniale Morgenröte und Völkerbund.

Kriegsschuldfrage und Kolonialraub: beide sind Ausflüsse desselben expressiverischen Geistes, der Deutschland in Versailles in das Pantheon eines unerhörten Gewalttäters verfrachte und sich vermah, eine blühende Kultur in ewige Schuldnechtschaft zu stürzen. Es hat lange genug gedauert, bis sich die Wahrheit durch den Wust der Verleumdung, der in dem Schand- und Schmachartikel 231 des Versailler Vertrages aufgehäuft ist, durchzubohren vermochte, und bis sich endlich die verantwortlichen Männer an der Spitze des Reiches unter dem Trude der öffentlichen Meinung dazu aufrafften, offiziell gegen die falsche Anschuldigung Deutschlands auf den Plan zu treten. Nun drängt die Entwicklung mit genau der gleichen zwingenden Folgerichtigkeit, wie in der Frage der Kriegsschuldfrage, dahin, auch die fälschlich in der Kolonialfrage von unseren ehemaligen Kriegsgegnern zusammengebrachten Nebel zu zerstreuen, daß sie in zerflatternden Fetzen vor der Sonne der Wahrheit davonschieben, und ebenfalls auf diesem Gebiete ein amtliches deutsches Vorgehen in die Wege zu leiten, und zwar im Anschluß an die zusehends lebhafter sich geltend machenden Bemühungen, Deutschland zum Eintritt in den Völkerbund zu veranlassen. Eine derartige Aktion, die sich gegen die Kolonialfrage richtet, daß Deutschlands angeblich grausame Behandlung der Eingeborenen seine Unfähigkeit zur erzieherischen Beherrschung farbiger Völkerstämme erwiesen habe, und die das deutsche Recht auf den Besitz eigener Kolonien wieder zur Geltung bringt, darf aber nicht wieder in so vermorrenen und zielloser Weise in Szene gesetzt werden, wie es bisher leider mit dem Verfahren in der Kriegsschuldfrage der Fall gewesen ist, das verzweifelte Nüchternheit mit dem Stunthunder in der Dortmunder Plannungsfrage aufweist. Nach den ersten Meldungen über die zwischen der Reichsregierung und den Deutschnationalen getroffene Abmachung mußte notwendig der Eindruck entstehen und herrschte auch allgemein die Erwartung, daß unverzüglich die Abfindung der verheißenen Erklärung an die Entente-Regierungen erfolgen werde. Dann verging aber geraume Zeit, ohne daß etwas geschah, bis man schließlich die drängende nationale Ungeduld durch den Hinweis zu beschwichtigen suchte, daß der Abgang der Note an die Alliierten „unmittelbar“ bevorstehe. Damit hatte es einstweilen wieder sein Bewenden, bis der deutschen Öffentlichkeit eine merkwürdige Nebenrakung über Nacht anteil wurde: Aus Paris, nicht etwa aus Berlin, kam die von dortigen Blättern verbreitete Nachricht, daß der Reichskanzler zwar noch nicht die Proklamation der Reichsregierung, welche die Kriegsschuldfrage förmlich und feierlich zurückweisen soll, veröffentlicht, aber an die Premierminister von Frankreich, England und Belgien einen Brief gerichtet habe, worin er zum Ausdruck bringe, daß er „nun nicht länger mit der Veröffentlichung warten werde“. Daraufhin habe dann Herriot in Berlin sofort den „schlechten Eindruck“ dieses Briefes zur Kenntnis gebracht. Wirklich, wenn man das hört, kann man nicht umhin, des alten römischen Dichterwortes zu gedenken: „Es ist schwer, keine Satire zu schreiben“. Von einer auch nur halbwegs zielbewußten Politik kann bei einem derartig forcierten Wanzen und Schwanzen, Jagen und Jauern überhaupt keine Rede mehr sein. Wie sagte doch einmal der „Kladderadatsch“? „Entweder konsequent oder inkonsequent, nur nicht dieses ewige Schwanzen.“ Ankündigen, verzögern, dann erst dieses einmal drohen mit der „sofortigen“ Veröffentlichung und schließlich immer noch wieder warten: das ist denn doch ein bißchen zuviel des Guten im Punkte des Halbwillens. Allerdings, die Briefgeschichte wird durch das offiziöse Berliner Telegraphische Bureau als „unrichtig“ bezeichnet, aber das Dementi macht im ganzen einen sehr ungewundenen Eindruck und kann die Tatsache, daß die interalliierten Votalschafter in Berlin den gegenwärtigen Zeitpunkt für die Abfindung der Note gegenüber einem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes als unangünstig bezeichnet haben, nicht ablegen. Das Empfinden der öffentlichen Meinung, daß es in der Sache an der nötigen Zielstrebigkeit fehlt, erscheint also nur zu wohl begründet.

So darf es auf keinen Fall noch einmal gemacht werden, wenn der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ernstlich in Betracht kommt und damit zugleich die Kolonialfrage aufgerollt wird. Der koloniale Wiederaufbau Deutschlands gehört zu den dringlichsten Aufgaben der nächsten Zukunft, da er ein wesentliches Hilfsmittel zum heimatischen Aufbau bildet. Wenn wir wieder Kolonien besäßen, könnten wir von dort einen erheblichen Teil unserer Rohstoffe und Lebensmittel beziehen und zugleich unsere Fabrikate dahin ausführen. Der letzte Reichskolonialminister Dr. Well hat längst mit Recht darauf hingewiesen, daß wir auf solchem Wege einen doppelten Vorteil gewinnen würden, indem wir

Das Völkerbundswerben um Deutschland.

Südafrika für Deutschlands Beitritt zum Völkerbund.

Genf, 8. September. Die Völkerbundsversammlung nahm die in den letzten Tagen unterbrochene allgemeine Aussprache über den Bericht des Rates unter geringerer Beteiligung der Delegierten und der Tribünenbesucher wieder auf. Der frühere schweizerische Bundespräsident und Präsident des Internationalen Roten Kreuzes trat mit aller Entschiedenheit für den Schiedsgedanken ein und erklärte, wenn die Großmächte als Erste das obligatorische Schiedsverfahren annehmen, dann wäre ein Schritt von großer Bedeutung getan. Als Vorbild für den Ausbau verwies er auf die Schiedsverträge, die von der Schweiz mit Deutschland, Schweden und Norwegen abgeschlossen wurden.

Der schwedische Außenminister

überbrachte die Zustimmung seiner Regierung zum Ausbau des Schiedsverfahrens. Er unterbreitete der Versammlung den Resolutionsentwurf, demzufolge die Vertreter der Regierungen im Völkerbunde aufgefordert werden, die Probleme aus dem öffentlichen und dem Privatrecht zur Kenntnis zu geben, die nach ihrer Ansicht in internationalen Abkommen oder anderen internationalen Instrumenten niedergelegt werden können.

Dalmeyer (Südafrika)

gab sodann eine Erklärung über Deutschlands Eingliederung zum Völkerbund ab. Die Erklärung hatte etwa folgenden Wortlaut: Wenn Deutschlands Aufnahme eine

wesentliche Voraussetzung für die Lösung dieser Frage ist, so mögen die Ministerpräsidenten von Frankreich und England, die für die Förderung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas so große Dienste leisteten, ihren ganzen Einfluß daran setzen, Deutschland dazu zu veranlassen, um seine Aufnahme nachzusuchen. Südafrika wird Deutschlands Beitritt zum Völkerbund herzlich begrüßen, wie es der Beitritt aller anderen Nationen begrüssen wird, die infolge ihrer hervorragenden Stellung in der Welt längst den drohenden leeren Platz, auf den Macdonald in so bedeutungsvoller Weise angespielt hat, eingenommen haben sollten.

Galvananskas - Litauen

dankte dem Völkerbundsrat zunächst für seine bisherige Haltung in der litauischen Angelegenheit und sagte weiter, diese müßte unbedingt wieder durch den Völkerbund aufgegriffen und im Sinne der Gerechtigkeit gelöst werden. Auch die Memelung Lösung befriedigte Litauen nicht in allen Punkten, wenn sie auch als erledigt betrachtet werden könnte.

Die Einstellung Herriots und Macdonalds zu Rußlands Aufnahme in den Völkerbund.

London, 8. September. Die „Morningpost“ meldet aus Genf: Während Herriot sich für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund erklärte, ging er über Rußland mit wenigen Worten hinweg. Das ist eine gewollte Zurückhaltung gegenüber der Aufnahme Rußlands durch Herriot. Die „Morningpost“ schreibt weiter: Macdonalds Eintritt für Rußlands Völkerbundsbeitritt war politisch unklar, denn es schließt Macdonald in England neue Gegner der Unionisten, die in den Bolschewisten immer noch eine Gesellschaft von Verbrechern sehen